

HRRS-Nummer: HRRS 2014 Nr. 458

Bearbeiter: Karsten Gaede

Zitiervorschlag: HRRS 2014 Nr. 458, Rn. X

BGH 4 StR 483/13 - Urteil vom 13. März 2014 (LG Halle)

Unterschreitung der Strafuntergrenze und Ablehnung eines minder schweren Falles.

§ 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG; § 29a Abs. 2 BtMG; 52 StGB

Leitsatz des Bearbeiters

Nach § 52 Abs. 2 Satz 1 StGB wird, wenn mehrere Strafgesetze verletzt sind, die Strafe nach dem Gesetz bestimmt, das die schwerste Strafe androht. Hierbei kommt es nicht auf den jeweiligen Regelstrafrahmen der beiden zueinander in Tateinheit stehenden Tatbestände, sondern auf die konkret in Betracht kommenden Strafrahmen unter Berücksichtigung von Ausnahmestrafrahmen wie bei minder oder besonders schweren Fällen an (BGH NSTZ 2004, 109, 110).

Entscheidungstenor

1. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft wird das Urteil des Landgerichts Halle vom 2. Juli 2013 mit den zugehörigen Feststellungen aufgehoben

a) in den Strafaussprüchen in den Fällen II. 1 bis 5 der Urteilsgründe,

b) im Gesamtstrafenausspruch. Im Umfang der Aufhebung wird die Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Rechtsmittels, an eine andere Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen.

2. Die weiter gehende Revision der Staatsanwaltschaft und das Rechtsmittel des Angeklagten gegen das vorbezeichnete Urteil werden verworfen.

Der Angeklagte hat die Kosten seines Rechtsmittels zu tragen.

Gründe

Das Landgericht hat den Angeklagten wegen "Handeltreibens mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge in 5 1 Fällen, davon in einem Fall in Tateinheit mit unerlaubter Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge und wegen Besitzes von Betäubungsmitteln" zu der Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt und die Vollstreckung dieser Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Ferner hat es gegen ihn den Verfall des Wertersatzes in Höhe von 2.000 € angeordnet. Gegen dieses Urteil richtet sich die auf die Sachrüge gestützte Revision des Angeklagten. Die Staatsanwaltschaft wendet sich gegen das Urteil mit ihrer zu Ungunsten des Angeklagten eingelegten, wirksam auf den Strafausspruch beschränkten Revision, mit der sie die Verletzung sachlichen Rechts rügt. Die Revision des Angeklagten ist unbegründet; hingegen hat das vom Generalbundesanwalt vertretene Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft weitgehend Erfolg.

I.

Die Revision des Angeklagten bleibt ohne Erfolg, da die Nachprüfung des Urteils auf Grund der 2 Revisionsrechtfertigung keinen Rechtsfehler zum Nachteil des Angeklagten erbracht hat (§ 349 Abs. 2 StPO).

II.

Das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft führt zur Aufhebung der Strafaussprüche in den Fällen II. 1 bis 5 der 3

Urteilsgründe sowie des Gesamtstrafenausspruchs; lediglich die - entgegen der Auffassung des Generalbundesanwalts vom Revisionsangriff mitumfasste - Strafe im Fall II. 6 hat Bestand.

1. Im Fall II. 1 der Urteilsgründe hat das Landgericht die Strafuntergrenze des von ihm angewendeten 4
Tatbestands rechtsfehlerhaft unterschritten. Es hat den Angeklagten in diesem Fall wegen (unerlaubten)
Handeltreibens mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge gemäß § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG zu der
Einzelfreiheitsstrafe von acht Monaten verurteilt. Die Annahme eines minder schweren Falles gemäß § 29a Abs.
2 BtMG hat es ausdrücklich abgelehnt (UA 21). Die verhängte Einzelstrafe unterschreitet daher die Untergrenze
des sich aus § 29a Abs. 1 BtMG ergebenden und von einem Jahr bis zu 15 Jahren reichenden Strafrahmens.

2. Im Fall II. 2 der Urteilsgründe hat die Strafkammer gegen § 52 Abs. 2 Satz 1 StGB verstoßen. Sie hat den 5
Angeklagten in diesem Fall wegen (unerlaubten) Handeltreibens mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge
in Tateinheit mit unerlaubter Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge zu der Einzelfreiheitsstrafe
von einem Jahr und sieben Monaten verurteilt (Einsatzstrafe). Einen minder schweren Fall hat sie auch insoweit
für das Handeltreiben verneint, für die Einfuhr hingegen bejaht. Die Strafe hat sie dem Strafrahmen des § 30
Abs. 2 BtMG - drei Monate bis fünf Jahre - entnommen.

Zwar ist die Annahme eines minder schweren Falles der Einfuhr bei gleichzeitiger Ablehnung eines solchen für 6
das Handeltreiben nicht ausgeschlossen. Jedoch hat das Landgericht gegen § 52 Abs. 2 Satz 1 StGB
verstoßen, indem es der konkreten Strafzumessung den Strafrahmen des § 30 Abs. 2 BtMG zugrunde gelegt
hat. Nach § 52 Abs. 2 Satz 1 StGB wird, wenn wie hier mehrere Strafgesetze verletzt sind, die Strafe nach dem
Gesetz bestimmt, dass die schwerste Strafe androht. Hierbei kommt es nicht auf den jeweiligen
Regelstrafrahmen der beiden zueinander in Tateinheit stehenden Tatbestände, sondern auf die konkret in
Betracht kommenden Strafrahmen unter Berücksichtigung von Ausnahmestrafrahmen wie bei minder oder
besonders schweren Fällen an (BGH, Beschluss vom 8. Mai 2003 - 3 StR 123/03, NStZ 2004, 109, 110;
Rissing-van Saan in LK-StGB, 12. Aufl., § 52 Rn. 47; MüKoStGB/von Heintschel-Heinegg, 2. Aufl., § 52 Rn. 120).
Deshalb hätte das Landgericht einen Strafrahmen von einem bis zu 15 Jahren Freiheitsstrafe wegen
unerlaubten Handeltreibens mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge nach § 29a Abs. 1 BtMG seiner
Straffindung zu Grunde legen müssen.

3. Der Senat hebt auch die in den Fällen II. 3 bis 5 der Urteilsgründe wegen unerlaubten Handeltreibens mit 7
Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge verhängten Einzelstrafen von einem Jahr und zwei Monaten und
zweimal je einem Jahr Freiheitsstrafe auf, um dem neu zur Entscheidung berufenen Tatrichter die Möglichkeit
einer in sich ausgewogenen Strafzumessung zu geben. Dieser hat Gelegenheit, auch die weiteren
Einwendungen der Revisionsführerin und der Generalstaatsanwaltschaft bei der erneuten Straffestsetzung zu
erwägen.

4. Hingegen schließt der Senat auch unter Berücksichtigung des weiteren Revisionsvorbringens der 8
Staatsanwaltschaft aus, dass die im Fall II. 6 der Urteilsgründe wegen (unerlaubten) Besitzes von
Betäubungsmitteln verhängte Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je 45 € von Rechtsfehlern zu Gunsten des
Angeklagten beeinflusst worden sein könnte. Dabei geht der Senat davon aus, dass das Landgericht bei der
rechtlichen Würdigung auf UA 22 lediglich versehentlich - neben dem unerlaubten Besitz - auch das Sich-
Verschaffen von Betäubungsmitteln erwähnt hat. Diese Tatbestandsvariante des § 29 Abs. 1 Nr. 1 BtMG hat das
Landgericht nicht in den Tenor des angefochtenen Urteils aufgenommen; sie ausfüllende Feststellungen hat es
nicht getroffen. Einfluss auf die Strafzumessung hat dieser Umstand ersichtlich nicht gehabt.

5. Der Wegfall der Einzelstrafen in den Fällen II. 1 bis 5 der Urteilsgründe entzieht der verhängten - an sich 9
jedenfalls nicht unvertretbar milden und zu Lasten des Angeklagten aus einem fehlerhaft berechneten
Gesamtstrafrahmen entnommenen - Gesamtstrafe die Grundlage.